

Auf dem Weg zum politischen šUrknallō

Nach dem heutigen, ersten Durchgang der französischen Präsidentschaftswahlen könnte die Partei von Präsident Emmanuel Macron nächsten Sonntag, im zweiten Wahlgang, groß abräumen.

AUS PARIS
DANNY LEDER

Für einmal hatten sich gleich mehrere französische Medien eines englischen Begriffs bedient, um die rasende Total-Umwälzung zu beschreiben: Frankreich erlebe gerade einen šBig Bangō ó also einen šUrknallō seiner Politszene.

Noch vor der Veröffentlichung der Endergebnisse des gestrigen, ersten Durchgangs der Parlamentswahlen, schien für alle Beobachter die Partei von Staatschef Emmanuel Macron, die LRM (šLa République en marcheō, sinngemäß: die Republik auf dem Vormarsch), auf ein besonders hohes Siegerpodest zu gelangen. Für die übrigen Kräfte, die Jahrzehnte lang Frankreichs Politik geprägt hatten, also die Sozialisten (die eben erst mit Staatschef Francois Hollande das Land gelenkt hatten), die konservativen šRepublikanerō (noch vor kurzem ein siegessicherer, mächtiger Oppositions-Block) und den šFront Nationalō (der mit Marine Le Pen in der Stichwahl für das Präsidentenamt vertreten war), könnte am Ende, also im zweiten Durchgang der Parlamentswahlen am nächsten Sonntag, nur mehr ein kläglicher Spielraum zwischen Schadensbegrenzung und komplettem Absturz übrig bleiben.

Dieser Blitz-Vormarsch von Macron ist deshalb so verblüffend, weil der 39 jährige Polit-Neueinsteiger sich erst im vergangenen November als Präsidentschaftskandidat, bar jeder Parteien-Unterstützung, deklariert hatte. Und auch noch Anfang Mai, als Macron den Einzug in den Elysée schaffte, galt sein überlegener Sieg, in der Stichwahl gegen Marine Le Pen, nicht als Zustimmung der Wähler zu seinem Reformprogramm, sondern als eine Zwangs-Entscheidung zur Abwehr der Nationalistin.

Aber in den fünf Wochen seither wirkte Macron, innen- und außenpolitisch, derartig souverän und zuversichtlich, dass alle übrigen Politstars verblassten. Dabei bediente er, an Stelle der linken und rechten Eiferer wie Jean-Luc Melenchon und Marine Le Pen (von der man zuletzt nicht mehr viel zu hören bekam), den unbändigen Wunsch der Bevölkerung nach Erneuerung: ein Drittel der Kandidaten seiner LRM haben noch nie ein politisches Amt ausgeübt. Die übrigen Bewerber so wie auch die meisten Minister der von Macron ernannten Regierung stammen aus den pragmatischen Flügeln der Sozialisten und des bürgerlichen Lagers.

SP und Bürgerliche gelähmt

Macron übernahm aber nicht nur Persönlichkeiten aus dem bürgerlichen Lager und hievte sie an strategische Stellen, wie etwa Premierminister Edouard Philippe. Er teilt auch die ureigensten Anliegen der Bürgerlichen, namentlich die weitere Liberalisierung des Arbeitsmarkts, die er bereits als Wirtschaftsminister der SP-Regierung angestoßen hatte. Dem konnten sich die bürgerlichen šRepublikanerō im Wahlkampf schwerlich widersetzen, sodass sich ihre Kandidaten bis zur Unkenntlichkeit aufsplitterten zwischen jenen, die gegenüber

Macron eine škonstruktive Oppositionō anstreben, jenen die mit ihm eine Koalition eingehen wollen und jenen, die sich seiner Bewegung anschließen möchten.

Den moderaten Sozialisten bot Macron wiederum die von ihm angestrebte Ausdehnung sozialer Begleitmaßnahmen für einen flüssigeren Arbeitsmarkt nach Vorbild der skandinavisch-sozialdemokratischen šFlexi-Securityō. Resultat: pragmatische SP-Wähler zogen zu Macron. Linke SP-Wähler neigten zur Bewegung des Linkstribuns Jean-Luc Melenchon, der vor einem šsozialen Blitzkriegō des neuen Staatschefs warnt. Die dermaßen zerriebene und schwankende Rest-SP steuert einer höchst ungewissen Zukunft entgegen.

Dieser Sog der gemäßigten bürgerlichen und SP-Wähler zu Macron wird nächsten Sonntag dazu beitragen, dass die LRM weitaus mehr Mandate erringen könnte, als für eine absolute Mehrheit nötig sind. Eine entscheidende Rolle spielt dabei freilich das französische Wahlsystem, in dem pro Wahlkreis nur jeweils ein Abgeordneter bestimmt werden kann und es kein Reststimmenverfahren gibt, so dass schwächere Parteien unterproportional im Parlament vertreten sind und relativ starke Parteien zum Schluss eine überproportionale, absolute Mandatsmehrheit erringen können.

Die sehr hohe Enthaltung, die sich gestern abzeichnete, begünstigt ebenfalls aus wahltechnischen Gründen die LRM-Kandidaten im zweiten Durchgang. Sie kann aber Macrons Autorität künftig noch belasten.

Drei Minister in Verdacht

Allsofort könnte die Staatsführung um Macron aber darunter leiden, dass gleich drei Minister im Visier der Justiz stehen. Wobei ausgerechnet Justizminister Francois Bayrou, der Mittwoch eine Reform zur šMoralisierung der Politikō präsentieren soll, ebenfalls in ein schiefes Licht geraten ist.

Gegen zwei Ministerinnen der Zentrumsparterie von Bayrou (der sich mit Macron verbündet hat) ist eine Vorerhebung im Gange wegen des Verdachts, sie hätten im EU-Parlament Mitarbeiter scheinbeschäftigt: Verteidigungsministerin Sylvie Goulard und Europa-Ministerin Marielle de Sarnez. Justizminister Bayrou hat bei Medien interveniert, damit sie ihre Recherchen einstellen. Als Parteichef soll er diese Scheinbeschäftigungen gebilligt haben. Gegen einen engsten Vertrauten von Macron, dem Minister für Raumplanung Richard Ferrand, läuft eine Erhebung wegen dubioser Immobilien-Transaktionen.